

Dringliche Motion Fraktion FDP (Bernhard Eicher, FDP): Überregionales Einstehen für den Bypass A6 Wankdorf-Gümligen

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. sich für die Realisierung des Bypasses Wankdorf-Muri-Gümligen einzusetzen. Dabei reicht es nicht aus, sich in der Vernehmlassung entsprechend zu äussern, denn die abschliessende Verteilung der Bundesmittel erfolgt durch das nationale Parlament
2. sich zusammen mit dem Gemeinderat von Muri sowie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland bei nationalen Parlamentariern und anderen Kantonsregierungen für den Bypass aktiv einzusetzen
3. den Verein Hauptstadtregion Schweiz für ein Mit-Lobbying bei nationalen Parlamentariern sowie anderen Kantonsregierungen zu mobilisieren.

Begründung

Mit dem Bypass zwischen Ostring und Saali sowie dem einröhrigen Seidenbergtunnel könnte das Gebiet Bern bis Gümligen massiv aufgewertet werden. Einerseits würde durch die Reduktion von Lärmemission die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren spürbar gesteigert. Andererseits könnte die längst überfällige Umwandlung des bisherigen Autobahnabschnittes in eine Stadtstrasse vollzogen werden. Und drittens könnte so Bauland für ca. 150'000 m² Bruttogeschossfläche frei werden (vgl. Der Bund vom 05.03.2012).

Am 10. April 2013 eröffnete das Bundesamt für Strassen ASTRA die Vernehmlassung zum „Bundesbeschluss über das zweite Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz und über die Freigabe der Mittel“ (vgl. www.astra.admin.ch). Dabei wurde bekannt, dass der Bypass Wankdorf-Muri erst in dritter Priorität realisiert werden soll. Kurzum: Die Realisierung des Bypasses würde sich aufgrund der fehlenden Bundesmittel von 1.49 Mia. nochmals um Jahre verzögern. Bis am 8. August 2013 können sich nun sämtliche interessierte Akteure äussern, anschliessend findet voraussichtlich im Frühling 2014 die parlamentarische Beratung in den eidgenössischen Räten statt. Wir sind der Auffassung, dass der Bypass möglichst rasch realisiert werden muss. Das Bundesamt für Strassen ASTRA nahm lediglich eine Beurteilung der potentiellen Verkehrsüberlastung vor. Vernachlässigt wurden dabei Aspekte wie Lärmschutz und bauliche Entwicklung. Gerade in Anbetracht der zunehmenden Zersiedelung der Schweiz sollten bestehende Wohngebiete vor Lärm bestmöglich geschützt und brach liegende Flächen in der Agglomeration zwecks Wohnungsbau genutzt werden.

Begründung der Dringlichkeit

Um die Debatte der Eidgenössischen Räte beeinflussen zu können, muss möglichst rasch mit der Überzeugungsarbeit gestartet werden. Das Bundesparlament wird den Kredit voraussichtlich im Frühling 2014 behandeln.

Bern, 25. April 2013

Erstunterzeichnende: Bernhard Eicher

Mitunterzeichnende: Mario Imhof, Dannie Jost, Jacqueline Gafner Wasem, Dolores Dana, Christoph Zimmerli, Pascal Rub